

Umweltminister Methling: Krebserkrankungen werden untersucht

16.11.04 - Der gestern (15.11.04) in der "Ostsee-Zeitung" auf Basis einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes veröffentlichte Artikel über Krebsfälle auf der Deponie Ihlenberg und der Kommentar erwecken den Eindruck, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern die Aufklärung verzögert und "im Müllberg versickern lässt". Dem widerspricht Umweltminister Prof. Dr. Wolfgang Methling vehement. Zum Hergang und derzeitigen Stand erklärt er Folgendes:

"Als zuständiger Minister für die Deponie Ihlenberg habe ich einen Deponiebeirat vorgeschlagen und im Februar 2002 eingerichtet, dem Bürgerinitiativen, Behörden, Kommunen und die Geschäftsführung der Ihlenberger Abfallgesellschaft (IAG) angehören. Meine Absicht war und ist es, in diesem Beirat offene Fragen zu klären und die Belastungen der Umwelt und der Anwohner (Emissionen, Einträge ins Grundwasser) zu reduzieren. Im vergangenen Jahr legte die Bürgerinitiative eine Liste von ehemaligen Mitarbeitern der Deponie, die an Krebs erkrankt sind, vor. Die Quellen dieser dem Datenschutz und der ärztlichen Schweigepflicht unterliegenden Informationen sind mir nicht bekannt. Sie stammen jedoch nicht von Betroffenen und ihren Familien, auch nicht vom Betriebsarzt. Der Geschäftsführer der IAG hat darauf hin die Liste der zuständigen Berufsgenossenschaft zur Prüfung übergeben. Das für Gesundheitsfragen zuständige Sozialministerium hat die Krebsregister ausgewertet. Beide kamen zu dem Schluss, dass kein Verdacht über einen Zusammenhang zwischen der Beschäftigung auf der Deponie und der Häufigkeit der Krebserkrankungen besteht. Die Zahl der 16 Krankheits- bzw. Todesfälle muss auf die Gesamtzahl der seit 1978 beschäftigten circa 500 Mitarbeiter bezogen werden. Der Anteil der Erkrankungen liegt damit unterhalb des registrierten Bundesdurchschnitts.

Ungeachtet dessen habe ich als Umweltminister mehrfach zugesagt und bestätigt, weiter führende Studien im Auftrag des Sozialministeriums zu unterstützen, auch finanziell. Zu den Zielstellungen und Methoden der Untersuchungen führte ich eine Beratung mit Umweltwissenschaftlern und Vertretern der Ärztekammer durch. Daraus resultierende Empfehlungen habe ich dem Sozialministerium mitgeteilt. Das Sozialministerium hat dann festgelegt, dass die Studien (toxikologische und epidemiologische) über das Landesgesundheitsamt ausgeschrieben werden. Dies soll jetzt erfolgen. Es gibt also keine offenen Abstimmungsfragen zwischen Umwelt- und Sozialministerium. Die Studien zu den Krebserkrankungen von ehemaligen Mitarbeitern der Deponie werden kommen! Als Umweltminister und Umwelthygieniker bin ich an einer umfassenden und schnellst möglichen Aufklärung interessiert, ebenso wie die gesamte Landesregierung. Andere Vermutungen und Behauptungen entbehren jeder Grundlage."

Umweltministerium Mecklenburg Vorpommern
Schloßstraße 6 ? 8
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 588-8003
Telefax: (0385) 588-8990
E-Mail: pressestelle@um.mv-regierung.de
V.i.S.d.P.: Ilona Stadler

Quelle: pressrelations.de

Verantwortlich: Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern